Ressort: Politik

Klöckner will "organisierte Sterbehilfe" unter Strafe stellen

Mainz, 02.12.2012, 08:05 Uhr

GDN - Die CDU steuert nach den emotionalen Debatten um die Stammzellenforschung und die Präimplantationsdiagnostik erneut auf eine Diskussion über ein gesellschaftspolitisches Großthema zu: Eine Gruppe Delegierter um die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner spricht sich nach Informationen des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" in einem Initiativantrag für den Bundesparteitag der Union dafür aus, die "wiederholte, organisierte Sterbehilfe" unter Strafe zu stellen. Klöckner, die diese Woche in Hannover stellvertretende CDU-Vorsitzende werden will, positioniert sich damit gegen einen Gesetzesentwurf von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), der nur die gewerbsmäßige Sterbehilfe unter Strafe stellt.

Unterstützung erhält Klöckner von CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. "Nach meiner persönlichen Auffassung sollte jede Form der organisierten Sterbehilfe verboten werden", sagte sie. Vielen anderen Abgeordneten der Union geht der Gesetzentwurf der liberalen Justizministerin ebenfalls nicht weit genug.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3407/kloeckner-will-organisierte-sterbehilfe-unter-strafe-stellen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com